544 4/2016

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Die zerrissene Republik

Die Bundesrepublik fällt sozial immer stärker auseinander. Wenn sich die Mittelschicht vor einem sozialen Abstieg fürchtet und die „kleinen Leute" Angst haben, noch weniger zu haben, sucht man Sündenböcke. Man sucht Auswege und blickt nach rechts. Vor 1933 war es die NSDAP, heute AfD und Pegida, die Zulauf bekommen.

Die Lage vieler Menschen hat sich über Jahre verschlechtert, während das Kapital wächst und gedeiht.

Hauptbetroffene von Armut sind Erwerbslose, Alleinerziehende, ältere Menschen.

Im neuen Armutsbericht fällt das deutliche Plus bei der Altersarmut auf. Gegenüber dem Jahr 2005 wuchs der Anteil der von Armut betroffenen Ruheständler um 46%. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der Zahl der Personen, die die Grundsicherung im Alter in Anspruch nehmen. 2003 waren es bundesweit knapp 258.000 Rentnerinnen und Rentner, 2014 lag die Zahl bei über 512.000. 84% der Arbeitslosen sind arm.

Einem sehr hohen Armutsrisiko sind Alleinerziehende ausgesetzt. Die Armutsquote lag hier bei 41,9%.

Mittlerweile gibt es in der „zerissenen Republik" 919 Tafeln. 60.000 Helfer versorgen heute in annähernd 3.000 Ausgabestellen regelmäßig mehr als 1,5 Mio. bedürftige Personen mit Lebensmitteln - ein Drittel davon waren im vergangenen Jahr Kinder und Jugendliche. Auffällig ist die Entwicklung bei den Rentnern. Die Zahl der Rentner, die die Tafeln in Anspruch nimmt, hat sich innerhalb weniger Jahre mehr als verdoppelt.

Die gewählten Abgeordneten der DKP/Linke Liste für die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf. Von links: Dietmar Treber, Simona Sergi, Gerd Schulmeyer, Thomas Wilker, Gelincik Tuzcu, Volker Arndt.

DANKE

Die Kommunalwahl liegt jetzt schon einige Wochen hinter uns. Wir wollen aber im „blickpunkt" noch einmal allen unseren Wählerinnen und Wählern danken. Es war wichtig, „Linke Opposition" zu wählen.

Am Wahltag und bei den folgenden Landtagswahlen wuchs überall die Stimmenzahl der AfD, die in unserer Stadt keine Kommunalwahlliste aufstellte.

Die Parteien sitzen in unserer Stadt jetzt zusammen und überlegen, wie es weitergehen soll.

Wir wissen für uns schon, wie wir weiterarbeiten wollen: Mit verstärkter Kraft im Parlament und außerparlamentarisch alles tun für die „kleinen Leute". Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, dass man draußen sieht, was drinnen im Rathaus vorgeht.

Im Stadtparlament wird man es jetzt mit einer neuen Gruppe zu tun haben, die sich „Freie Wähler" nennt. Wir sind nicht der Meinung, hier sei ein Sammelbecken für Rechte. Wenn man ihr örtliches Programm liest, dann eher eine Gruppierung ähnlich der FDP.

Sicher ist aber, da die AfD in unserer Stadt nicht kandidierte, haben diesmal die „Freien Wähler" hier Stimmen gesammelt. SPD, Grüne und CDU haben viele Wähler verloren - sie sollten nachdenklich sein. Die Verluste der Grünen sind auch nicht nur dem Wegfall des „Fukushima-Effektes" geschuldet. Sie sind halt nicht mehr die Grünen von einst. Es wird spannend in der Kommunalpolitik.

Mehr zum Thema: Seiten 2 und 3

DKP/Linke Liste zum Ergebnis der Kommunalwahl 2016 in Mörfelden-Walldorf

Das Ergebnis der Wahl der Stadtverordnetenversammlung in unserer Stadt hat bestätigt, was wir in unserem letzten Wahlaufruf geschrieben haben: Auch Wahlen können etwas ändern! Zumindest die Zusammensetzung des Stadtparlaments wurde gründlich verändert.
SPD, GRÜNE und CDU mußten erhebliche Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen.
Die SPD/GRÜNE-Koalition war schlecht beraten, ihren Wahlkampf mit dem Bürgermeister und dem Ersten Stadtrat an der Spitze aus dem Rathaus zu führen.
Ein „Weiter so!" ist nicht möglich.
Die CDU wurde nicht als Opposition oder Alternative wahrgenommen.
Die FDP machte überraschend Boden gut. Das Ergebnis der „Freien Wähler", die „aus dem Stand" 22,8% (10 Sitze) erreichten, hatten sie in dieser Höhe wohl selbst nicht erwartet.
Das Ergebnis der AfD bei der Kreistagswahl zeigt, dass es wichtig ist, weiter aktiv für ein politisches Klima einzutreten, das Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirkt.

Mit 13,9% (6 Sitze) erreichte die DKP/Linke Liste ihr bisher bestes Ergebnis.

Wir sehen darin gewachsene Zustimmung zu unseren Hauptwahlaussagen:

Linke Opposition bleibt notwendig!

Bürger entlasten - mehr Geld für die Kommunen!

Gemeinsam gegen Rechts.

Für mehr Ärzte in unserer Stadt.

Für Tierrechte und Tierschutz.

Dem Flughafen Grenzen setzen!

Mehr für bezahlbaren Wohnraum tun!

Für gebührenfreie KITAs.

Für eine Stadtverwaltung, die niemanden mit seinen Problemen allein lässt.

Dafür - und für vieles mehr - stehen die Stadtverordneten der DKP/Linke Liste.

Auf dieser Grundlage sind wir auch bereit, mit allen Fraktionen Gespräche über die Parlamentsarbeit der nächsten fünf Jahre zu führen.

Eine „Mehrheitsfindung" wird nicht einfach sein und das ist auch gut so. Für uns ist eine Stadtverordnetenversammlung mit wechselnden Mehrheiten durchaus vorstellbar.

Die DKP/Linke Liste bedankt sich bei allen Wählerinnen und Wählern, die uns gestärkt in die neue Stadtverordnetenversammlung geschickt haben und zählt auch weiterhin auf ihre Unterstützung. Das gilt ebenso für alle, die uns in der Wahlvorbereitung und im Wahlkampf unterstützt haben. Wir freuen uns, mit einer größeren und verjüngten Fraktion in die neue Wahlzeit zu starten und unsere Arbeit als linke Opposition im Parlament und außerparlamentarisch fortsetzen zu können. Unseren Auftrag sehen wir auch in Zukunft vor allem darin, die Arbeit der politischen Mehrheit und der Verwaltung zu überwachen. Mit Anfragen und Anträgen werden wir das im engen Kontakt mit den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Stadt tun.

Die 62 Reichsten würden in einen Bus passen. Sie fahren nicht Bus.Sie besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Sie wollen noch reicher werden. Dafür ist ihnen kein Raub zu schade, kein Krieg und keine sonstige Schweinerei.
Ihre Medien hetzen die Lohnabhängigen gegeneinander: gegen die Arbeitslosen, gegen die Rentner, gegen die Flüchtlinge, gegen die Kolleginnen und Kollegen.
Wer sich nicht genauer informiert, fällt auf ihre Lügen herein.Wer wissen will, was wirklich auf der Welt passiert, sollte als ersten Schritt die Kundgebung des DGB im Bürgerhaus besuchen.

1. Mai 2016, 10 Uhr, Bürgerhaus Mörfelden

Es sprechen:

Horst Gobrecht, Fachbereichssekretär ver.di Südhessen

Petra Schmidt , Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau

Simona Sergi, Flüchtlingshelferin

Grußwort des Bürgermeisters, Heinz-Peter Becker

Für Essen und Getränke wird gesorgt.
Saalöffnung ist um 9.30 Uhr.

Es wirken mit:

Absinto Orkestra

Mitreißende Rhythmen, Hymnen auf das Leben, die alles einbeziehen, was diese kurze Spanne ausmacht.

Parteien und Vereine stellen ihre Arbeit vor.

DGB Ortsverband Mörfelden-Walldorf
V.i.S.d.P.: Erich Schaffner

Die Wählerinnen und Wähler sollten kontrollieren, ob die Wahlkampfversprechen eingehalten werden

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Es wäre gut, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger auch zwischen den Wahlen einmischen würden.
Es lohnt sich nicht nur Wählerwanderungen zu betrachten, sondern auch die Gründe dafür.

Die „DKP/Linke Liste" hat zugelegt und hat jetzt 6 Sitze im Parlament mit 45 Abgeordneten.

DKP/LL, das ist ein Bündnis mit Vertretern der DKP, Die Linke und Parteilosen. Junge und ältere, bekannte und neue Gesichter.

Die DKP/LL-Liste war mit 27 Bewerbern länger als unsere Liste von 2011. Der Frauenanteil war höher (21,7% auf 37,0%).

Unsere Stärken im Wahlkampf: Die Stadtzeitung der DKP „blickpunkt" - erschien regelmäßig mit einer Monatsauflage von 14.500 Exemplaren.

Das Wahlergebnis macht deutlich: die Koalition aus SPD und Grünen ist bei den Wählern durchgefallen. Hauptgrund: Es wird halt nicht so schnell vergessen, wie man den Wählern auf allen Ebenen in die Taschen griff.

Die CDU hat deutlich verloren. Eine große Koalition ist keine Option mehr. Das Ergebnis für die „Freie Wähler" hat viele überrascht. Wir werden genau beobachten wie sie auftreten und auch über sie in dieser Zeitung berichten.

Linke Opposition bleibt wichtig!

Am Wahlabend gab es von der „Stadt-Regierung" bemerkenswerte Äußerungen: Bürgermeister Becker, *„der Stimmenverlust der SPD sei ein Trend"*. *„Ich bin platt"* meinte Kämmerer Urhahn, und klagte. *„. . . unsere Arbeit wurde nicht anerkannt"*.
Doch, sagen wir da - man schaut schon hin - und merkt sich einiges.

Die Wählerinnen und Wähler merken schon, ob Wahlkampfversprechen eingehalten werden - auch in der kommenden Legislaturperiode sollten sie darauf achten.

Die stellvertretende Parteivorsitzende der CDU, Ursula Jung, zeigte sich überrascht vom Wahlergebnis. *„Der Stimmenzuwachs für die DKP insbesondere in Walldorf ist sehr überraschend."*

Wir freuen uns sehr über das Walldorfer Ergebnis von 9,2 %, ohne das unser bemerkenswertes Gesamtergebnis von 13,9% nicht erreicht worden wäre. Auch im Stadtteil Mörfelden wurde mit 19,6 % ein Spitzenwert erreicht!

Der Spitzenkandidat der DKP/LL Gerd Schulmeyer, meinte zum Erfolg der „Freien Wähler": *„Ich bin gespannt, wie sich die neue Kraft in den Alltag einbringen wird. Auch große Schuhe können drücken."*

Die Kommunalwahl in Hessen und die Landtagswahlen, die folgten, zeigten allerdings: Die Rechten sind auf dem Vormarsch. Diese Entwicklung hat viele erschreckt. Tatsächlich muss man wachsam sein und sich dafür einsetzen, dass Neonazis, Pegida und AfD zurückgedrängt werden. Dazu gehört: Nicht nur bei Wahlen wollen wir aktiv gegen Sozialabau und Ungleichheit auftreten.

Ohne die Aktivität der betroffenen Bürgerinnen und Bürger wäre die „nahe Einkaufsmöglichkeit" am früheren Netto-Markt verloren gegangen.
Wir haben im Parlament und vor Ort die Menschen unterstützt.
Vor der Wahl gab es das Versprechen:
„Ein neuer Markt kommt!". Wir hoffen, dass es klappt!

Ursula Bleckwenn-Oldenburg, eine Leserin des „blickpunkt", schrieb einen „Offenen Brief" an Bürgermeister Becker, in dem es u.a. heißt:

„Immer wieder werde ich von Bürgern, rund um den Bereich des früheren Netto's, angesprochen, ob ich wüsste, wann nun irgend etwas im Netto-Gebäude passieren würde.
Leider muss ich das jedes mal verneinen. Und das ist schade. Vor allem, weil die Leute genau wissen, dass Sie in der letzten Sitzung des Bauausschusses vom 26.01.16 mitteilten, dass ein anderes Geschäft zum 1.4. eröffnen würde. Aber davon ist bis Dato nichts zu merken.

Wenn wir schon nicht erfahren sollen, um welchen Markt es sich handelt, wäre es doch nicht zu viel verlangt, uns Bürgern mitzuteilen, wann denn nun tatsächlich die Neu-Eröffnung eines Marktes sein wird.
Über eine öffentliche Stellungnahme Ihrerseits, würde nicht nur ich mich freuen, sondern vor allem die betroffenen Bürgerinnen und Bürger."

„Wer A sagt, der muß nicht B sagen.
Er kann auch erkennen,
daß A falsch war."

BERTOLT BRECHT

Zur Diskussion über die Bebauung des Festplatzes

Es gibt große Diskussionen ob der Festplatz in Mörfelden zugebaut werden soll. Einiges spricht dafür. Jahrelang wurde der Bau von Sozialwohnungen stiefmütterlich behandelt. Es gibt fast 300 Wohnungssuchende in der Stadt. Mit dem Festplatz hat die Stadt ein 6000 qm großes Gelände, das erschlossen ist und auf den man 60-70 Wohnungen bauen könnte.
Bei den Gesprächen mit der interessierten Bevölkerung sind jedoch auch viele Gegenargumente auf den Tisch gekommen, die man nicht einfach ignorieren darf. Diese Diskussion ist wichtig, sonst wären alle Demokratiesprüche, die vor der Kommunalwahl besonders oft zu hören waren, wertlos.
Viele Argumente gegen die Bebauung sind nicht von der Hand zu weisen. Man braucht oft Platz für sportliche Großveranstaltungen, für die Bürgermeister-Klingler-Schule, für den wachsenden Fitness-Bereich. Man muss daran denken, dass wahrscheinlich ein Neubau der kleinen Sporthalle notwendig werden wird. Der Platz bleibt wichtig für die wachsende Bedeutung der Vereine. Seniorensport, Integration, Inklusion - neue Aufgaben müssen beachtet werden. Ein Sportzentrum von morgen muss morgen auch noch Platz haben.
Allerdings – so, wie er ist, sollte man den Platz auch nicht belassen. Es gibt Pläne der Stadt, mit einer Gestaltung die Parkflächen zu gliedern, mit Bäumen die große Asphaltfläche zu beleben ohne großen Parkflächenverlust. Vielleicht sollten die Pläne wieder auf den Tisch und vielleicht könnten sie die Gemüter beruhigen.
Bleibt der dringende Bedarf von Sozialwohnungen. Vielleicht könnte eine städtische Kampagne helfen. Es stehen viele Häuser in der Stadt leer oder sind nur z.T. bewohnt.
Also registieren, die Eigentümer anschreiben, fragen ob man helfen kann: Anreize schaffen, mit Zuschüssen bei Umbauten und Modernisierung helfen.
Bevor man am Ende an neue größere Baugebiete denkt, sind erst mal alle Möglichkeiten im Bestand zu erörtern.

Rudi Hechler

Der Sponsor

Unter dieser Überschrift hatten wir im März berichtet, dass der Hauptfinanzier der SPD-Wahlkampfzeitung im Rahmen eines „Anreizprogramms" von der Stadt einen Zuschuss in mehrstelliger Höhe bekommen hätte. Der Bürgermeisher hatte deshalb im Rahmen seines SPD-Wahlkampfs aus dem Rathaus die DKP/Linke Liste wegen „Bruchs der Vertraulichkeit" an den Pranger gestellt. Genutzt hat es ihm - wenn man das Wahlergebnis betrachtet - nichts.
Herr Emekci hat die Sache entspannter gesehen. Er bestätigte, dass der Zuschuss beantragt und genehmigt wäre. Er hätte ihn aber noch nicht abgerufen und insofern sei das Geld bisher auch noch nicht „geflossen". Es sei noch offen, ob er es abruft. Das sollten wir bitte im nächsten „blickpunkt" schreiben, was wir hiermit tun. Vielleicht sieht der Bürgermeister die Sache inzwischen auch etwas weniger „verkniffen".

5% für DIE LINKE.Offene Liste

Die Linke.Offene Liste erreichte bei der Kreistagswahl im Kreis Groß-Gerau 5% der Stimmen (4 Sitze). In Mörfelden-Walldorf waren es sogar 8,9%. Volker Arndt und Gerd Schulmeyer, in Mörfelden-Walldorf Stadtverordnete der DKP/Linke Liste, sind als Kreistagsabgeordnete gewählt.

Hausarzt-Versorgung kränkelt

Der Arztberuf ist heute zwar immer noch ein attraktiver Beruf, allerdings vor allem als Facharzt. Hausärzte und Allgemeinmediziner dagegen geraten seit vielen Jahren ins Hintertreffen. Daß die klassische Hausarztpraxis für junge Ärzte immer seltener eine Option ist, erklärt sich die Bundesärztekammer v.a. mit dem Wunsch nach familiengerechten Arbeitszeiten. Aber auch beim Verdienst schlagen viele Fachärzte ihre Hausarzt-Kollegen deutlich. Und so hat sich die „goldene Regel" der ärztlichen Bedarfsplanung, nach der unter den niedergelassenen Ärzten eine Aufteilung von 60% Hausärzten und 40% Fachärzten als Richtlinie gilt, inzwischen fast umgekehrt. Und: „Die Schere geht immer weiter auseinander", heißt es in einem aktuellen Bericht des Fachbereichs Gesundheit und Verbraucherschutz der Kreisverwaltung Groß-Gerau zur Ärzteversorgung.
Im nördlichen Kreisgebiet (zu dem auch Mörfelden-Walldorf gehört) gibt es eine Unterversorgung von zur Zeit 14 Hausarzt-Praxen. Gleichzeitig stehe in den kommenden 10 Jahren in mehr als 60% aller Hausarztpraxen die Nachfolgefrage, wodurch ein noch größerer Mangel an Hausärzten droht. Der Direktor des Instituts für Allgemeinmedizin der Universität Frankfurt jedenfalls erwartet, daß nur jeder 2. hessische Hausarzt einen Nachfolger für seine Praxis finden wird! Eine Lösungsmöglichkeit sieht der Bericht vor allem in den „Medizinischen Versorgungszentren" (MVZ). Dort können junge Mediziner als (angestellte) Hausärzte tätig sein, ohne das Risiko einer selbständigen Berufstätigkeit eingehen zu müssen. Auch Teilzeitbeschäftigungen sind hier möglich.
Während in Groß-Gerau derzeit ein neues MVZ in Kooperation mit der Kreisklinik entstehen soll, sind für Mörfelden-Walldorf indessen keine Planungen in diese Richtung bekannt. Die neugewählte Fraktion der DKP/Linke Liste wird weiterhin an diesem Thema dran bleiben.

Vier „verrückte“ Steuerfahnder

Bis 2001 arbeiteten die vier Steuerfahnder Rudolf S., Marcus W., Tina und Heiko F. in der Spitzenliga des Frankfurter Finanzamtes und holten Millionen-Beträge an hinterzogenen Steuern für den Fiskus herein. Sie ermittelten gegen Großbanken, die ihren Kunden Wege zur „Steuervermeidung“ ebneten und sie entdeckten Schwarzgelder der CDU in der Liechtensteiner Stiftung „Zaunkönig“. Das war offensichtlich zu viel des Guten. Ein Erlass der neu gewählten Landesregierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) setzte die bisherige Praxis für die Steuerfahndung außer Kraft und ließ die Steuerfahnder zu der Vermutung kommen, dass reiche Steuersünder mit Samthandschuhen zu behandeln seien. Dagegen regte sich in allen Abteilungen Widerstand, der durch Zwangsversetzungen und Schikanen zum Erliegen gebracht wurde. Nur die oben genannten Vier wollten nicht „kuschen“. Sie wurden ausgebootet, mussten sich auf Geheiß der Oberfinanzdirektion einem psychologischen Gutachten unterziehen.
Der Gutachter, Neurologe Thomas H., erklärte alle vier für „paranoid und querulantisch“ durch „Realitätsverlust“. Ergebnis: zwangsweiser Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit.

Nach fünfzehnjährigem Kampf, stellte das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/Main nun fest, dass alle vier geistig vollkommen gesund sind. Dem Richterspruch lag ein vom OLG in Auftrag gegebenes Gutachten eines renommierten Professors aus München zugrunde. Die vier könnten also in ihren Beruf zurückkehren. Aber alle hatten sich – notgedrungen – anderen Tätigkeiten zugewandt, was durchaus nicht leicht gewesen war. Neben der höchstrichterlichen „Bescheinigung“, geistig vollkommen gesund zu sein, war es sicher eine kleine Genugtuung, dass der Gutachter aus 2001, Thomas H., verurteilt wurde. Zirka 220.000 Euro Entschädigung soll er an die vier Steuerfahnder zahlen.
Dieser Arzt war bereits früher in einem anderen Fall von der Bundesärztekammer zu einer Geldstrafe von 12000 Euro wegen vorsätzlicher Falschbegutachtung verurteilt worden. Eigentlich müsste er dem Fiskus die entgangenen Steuermillionen ersetzen. Wieder einmal muss der Steuerzahler dafür einstehen, äußerte einer der vier, Rudolf S. Nach wie vor werde dieser Arzt als Gerichtsgutachter beauftragt. Was dann wohl als ein weiterer Gipfel dieser Schilda-Geschichte zu bezeichnen ist.

(aus: UZ, Zeitung der DKP)

TTIP und die Folgen

Das transatlantische Handels- und Investitionsabkommen TTIP wird seit 2013 zwischen der EU und den USA hinter verschlossenen Türen verhandelt. Mit TTIP soll eine Einbahnstraße in Richtung Privatisierung und Deregulierung geschaffen werden. Auch für die kommunale Ebene drohen massive Auswirkungen: So wird die kommunale Selbstverwaltung und der Gestaltungsspielraum, selbst festzulegen, wo und wie eine Kindertagesstätte gebaut, ein Park angelegt oder ein Einkaufszentrum errichtet werden soll, erheblich eingeschränkt. Sollte ein ausländischer Investor sich durch die Auflagen in seiner Gewinnerwartung beeinträchtigt fühlen, kann er bei privaten, geheim tagenden Schiedsgerichten klagen und Schadensersatz fordern. Ein Einspruch gegen ihr Urteil ist nicht möglich. Es ist naheliegend, dass Kommunen Auflagen für Investoren aus Angst vor kostspieligen Klagen von vornherein unterlassen oder aufweichen – zulasten der Bürger und der Umwelt.Die Privatisierung kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen wird durch TTIP weiter vorangetrieben. Kommunale Einrichtungen, die durch TTIP für den Markt geöffnet werden - etwa die Abwasserentsorgung, Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser oder der Nahverkehr, kommen unter erheblichen Konkurrenzdruck und drohen mittelfristig verdrängt zu werden.
Investoren aus den USA und Kanada müssen auch beim Zugang zu kommunalen Fördermitteln gleich behandelt werden. Auf der anderen Seite können diese Investoren die Rahmenbedingungen bei öffentlichen Aufträgen (u.a. die Einhaltung tariflicher Mindestlöhne oder von Umweltauflagen) angreifen. Ähnliches droht bei steuernden Eingriffen von Kommunen in den Wohnungsmarkt durch Sozialschutzverordnungen und Mietpreisbremsen. Die Verträge sehen vor, dass alles, was einmal liberalisiert wurde, nicht mehr rückgängig gemacht werden darf. Eine Rekommunalisierung – zum Beispiel von Wasserbetrieben oder Stromversorgern – würde unmöglich, auch wenn eine Kommune schlechte Erfahrung mit der Privatisierung gemacht hat und die Mehrheit der Bevölkerung einen Rückkauf wünscht.
Hunderte von Kommunen haben daher ablehnende bzw. kritische Stellungnahmen zu TTIP verabschiedet, darunter u.a. der Kreis Gross-Gerau, Mörfelden-Walldorf und zuletzt auch unsere Nachbarstadt Rüsselsheim.
US-Präsident Obama eröffnet am 24. April zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel die Industrie-Messe Hannover. Zusammen wollen sie bei dieser Gelegenheit die wegen des großen Widerstands feststeckenden TTIP-Verhandlungen mit aller Macht freirütteln – damit der Vertrag Ende 2016 steht. Obama und Merkel haben es nötig, für TTIP die Werbetrommel zu rühren, denn die Zustimmung für das Abkommen nimmt rapide ab: Laut Emnid sind nur noch 25% der Deutschen dafür, im Juni waren es noch 47%.

Zu einer von einem breiten Bündnis getragenen Gegendemonstration am

23. April in Hannover werden Zehntausende Teilnehmer erwartet, die zeigen wollen: Die Bürgerinnen und Bürger lehnen das Abkommen ab.

Dabei wendet sich der Protest nicht generell gegen die USA.

Auf beiden Seiten des Atlantiks protestieren Menschen nämlich gemeinsam gegen das Abkommen – weil es primär den Interessen transnationaler Konzerne dient. ba

Was wäre, wenn . . .

Die Wahl ist vorbei und es sieht in Mörfelden ähnlich aus, wie in anderen Gemeinden: Die etablierten Parteien haben einen „Denkzettel“ bekommen. Einen kleinen, aber bedeutenden Unterschied gibt es: Die „Rechten“ haben sich bei uns in Mörfelden-Walldorf nicht durchsetzen können. Keine AfD, erst recht keine NPD! Darauf können wir alle ein wenig stolz sein.
Wir können auch darauf stolz sein, dass die linke Opposition, die DKP, sogar noch gestärkt wurde.
Im Grunde geht es uns in hier gut, dem einen mehr, dem anderen weniger, aber wir hungern nicht, niemand steht vor unserer Tür mit der Waffe in der Hand.
Aber genau das passiert in anderen Ländern: Menschen mit Waffen töten Menschen, Frauen werden vergewaltigt, Systeme brechen zusammen, die Menschen verlassen ihre Heimat. Nicht weil sie andere Orte so unglaublich toll finden, sondern weil sie es schlicht und einfach nicht mehr aushalten. Aber wer trägt Schuld an dieser Misere?
Viel zu einfach gedacht, wenn sich wütende Bürger gegen die Ärmsten der Armen meinen zur Wehr setzen zu müssen, Busse anhalten, pöbeln, Menschen in Angst und Schrecken versetzen, oder im schlimmsten Fall Häuser in Brand stecken.

Verändern wir doch einmal unsere Blickrichtung

Nach unserer letzten Wahl stellen ausländische Regierungen und Unternehmen fest, dass das kein für sie gutes Wahlergebnis sei. Außerdem findet man in unmittelbarer Nähe unserer Stadt vielleicht Bodenschätze, auf die eben jene Unternehmen und Regierungen scharf sind. Und die in der Politik Aktiven sind sich in vielen Punkten uneins. Ja, hier geht sich niemand an die Kehle, aber das kann man ja forcieren. Unfrieden stiften. Und seinen eigenen wirtschaftlichen Nutzen aus unserer Heimat ziehen, Unterschiede fördern.
Also beginnen die ausländische Regierungen und Unternehmen zu intervenieren: Waffen werden geliefert, mehr Unfrieden wird gestiftet, Geld spielt dabei keine Rolle. Irgendwann eskaliert die Situation.
Am Ende des Tages ist Mörfelden-Walldorf zerstört, die Regierung zerstritten und es stehen Menschen mit Waffen vor Häusern in denen Menschen leben. Was würden wir tun, wenn wir nicht zu jenen gehören und auch nicht gehören wollen, die mit Waffen vor anderen Menschen stehen, um Dinge für Dritte zu erreichen?
Wir würden weg gehen, fliehen, wir wären Flüchtlinge. Im Idealfall mit Familie, oder die Familie schicken, oder selbst gehen. Wir würden dahin gehen, wo wir denken, dass da keine Menschen mit Waffen stehen.
Und genau mit dieser Situation werden wir in Europa, in Deutschland, in Hessen, in Mörfelden und Walldorf, jeder Einzelne hier konfrontiert. Denn es kommen Menschen zu uns, die fliehen mussten und das nicht aus Jux und Tollerei machen.
Versetzen wir uns doch einmal in andere Situationen hinein und fragen, warum etwas passiert, ehe wir schreiend vor Bussen aufmarschieren und Menschen, (noch) nicht mit Waffen, aber mit Worten zu Tode erschrecken. Helfen wir!
Vor allem beseitigen wir endlich die Ursachen der Situation! *Olav Jost, März 2016*

Ein Tag nach der Wahl

Wer vor der Kommunalwahl sich nach den Zielsetzungen der zur Wahl stehenden Parteien und Gruppen erkundigen wollte, suchte nach einem Wahlprogramm. Bei SPD und CDU suchte man vergebens. Aus deren Wahlkampfmaterial konnte man mit Mühe programmatische Aussagen entnehmen. Das verblüffte uns schon, dass die Parteien, die sich anmaßen, Volksparteien zu sein, das Volk darüber im Unklaren lassen, was sie in den nächsten fünf Jahren in der Kommunalpolitik vorhaben. Das muss auch der örtlichen SPD aufgegangen sein. Jedenfalls fanden wir auf der Internetseite der SPD mit Datum vom 7. März 2016 (!) unter der Rubrik „Aktuelles“ folgende Meldung: „07. März 2016 - Unser Kompass: Sozial. Erfolgreich. Gerecht - Kommunalwahlprogramm 2016-2021“.
Prima, da haben es die hiesigen Sozialdemokraten am Tag nach der Wahl geschafft, ihre kommunalpolitischen Ziele für die nächsten fünf Jahre preiszugeben. Wie soll man das verstehen? Hatten sie Angst, ihre Ziele im Wahlkampf den Wählern vorzustellen? Wollten sie erst das Wahlergebnis abwarten, um dann zu erklären, was sie vorhaben? Das lässt natürlich eine mögliche Interpretation des Wahlergebnisses zu: Wer zu faul oder zu arrogant war, darzustellen, was sie kommunalpolitisch vorhaben, wurde von den Wählerinnen abgestraft. Eine Ausnahme von dieser Regel ist das Wahlergebnis der Grünen.
Bei deren Wahlergebnis bleibt die Frage, ob ihr Verlust auf ihr Wahlprogramm oder auf ihre Unglaubwürdigkeit angesichts der von ihnen verantworteten Politik der letzten fünf Jahre zurückzuführen ist. nb

Das Fest des Friedens und der Solidarität

DKP erwartet zehntausende Gäste auf dem UZ-Pressefest in Dortmund

Vom 1. bis zum 3. Juli dieses Jahres lädt die Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die Wochenzeitung *Unsere Zeit* (*UZ*), erneut zu ihrem traditionellen Pressefest nach Dortmund ein. Das größte politische Fest der Linken in Deutschland wird auch 2016 im Revierpark Dortmund-Wischlingen stattfinden.

Mehr Infos: www.uz-pressefest.de

Kaufhaus mit Landebahn

Einkaufen als Freizeiterlebnis, heißt heute das Schlagwort der Handelsstrategen. Die Höhe des Beitrags der „Non-Aviations-Revenues", also des nicht luftverkehrsbezogenen Ertrags, ist zum wichtigen Wettbewerbsfaktor von Flughäfen geworden. 3,50 Euro gibt z.B. statistisch gesehen jeder Fluggast am Frankfurter Flughafen aus – für ein Buch, ein Parfüm oder anderes. Und Fraport verdient über die Ladenmieten und eine Umsatzbeteiligung an der Kauflaune der Fluggäste mit. Vier Euro wäre die magische Zahl für Frankfurts Flughafenchef Stefan Schulte. So viel Einzelhandelsumsatz soll beim größten deutschen Flughafenbetreiber im Schnitt hängenbleiben, wenn ein Passagier seine Terminals nutzt. Aktuell fehlen noch rund 50 Cent, aber der Einzelhandel ist zusammen mit den Vermietungen auch so schon der Goldesel des Konzerns: Fast die Hälfte des Fraport-Gewinns vor Zinsen und Steuern stammte nach den ersten neun Monaten 2013 aus diesem Segment. Darüber wird selten geredet. Aber man sollte wissen, auch für diese „Erfolge" wächst der Flughafen.

Im Gegenzug wird die Ruhe und Gesundheit einer ganzen Region geopfert und es wurden tausende Grundstücke von Privatpersonen und Unternehmen mehr oder weniger stark entwertet. Der Verkehr auch auf den Zugangstraßen zum Flughafen wächst, Fluglärm und Abgase belasten die Gesundheit. Der Einzelhandel im Umland stagniert.

. . . auch Angela Merkel wäre tot

Die US-Regierung gab ihre nuklearen Ziellisten im Kalten Krieg frei – sie zeigen eine kühle Planung des Grauens. Es hätte leicht passieren können, dass es nie eine Kanzlerin Angela Merkel gegeben hätte. Denn zu den mit US-Atombomben zu belegenden Orten gehörte die Kleinstadt Templin in der DDR. Hier verbrachte Merkel ab 1957 ihre Kindheit. 1961 wurde sie eingeschult. Angemerkt sei - uns alle gäbe es auch nicht mehr - die DDR und die BRD wären verstrahlte Wüste.

Für die Planung verantwortlich war General Curtis LeMay (1906-1990).

LeMay war ein grundsätzlicher Kriegsbefürworter, weil glühender Antikommunist. So hatte er schon1949 vorgeschlagen, mit einem einzigen massiven nuklearen Erstschlag die Sowjetunion auszulöschen. Dabei sollten sämtliche damals vorhandenen US-Atombomben (133 Stück) innerhalb von 30 Tagen auf insgesamt 70 sowjetische Städte abgeworfen werden. Die Sowjets besaßen zum damaligen Zeitpunkt noch kein nukleares Arsenal.

In der nun vorliegenden, 1956 ausgearbeiteten Liste, sind 1200 Städte im Bereich des Warschauer Paktes, aber auch in China und der Mongolei aufgeführt. Für Moskau waren 179 Ziele, für Leningrad 145 vermerkt. Warschau, Prag, Budapest, zahlreiche andere, auch kleine Städte, wären atomar verglüht.

Alles war alphabetisch geordnet. Für „Berlin Ger. Sovzone", also die Hauptstadt der DDR und ihre Randbezirke, hatte man 61 „urban-industrielle" Ziele lokalisiert. Insgesamt plante man für diese Region 91 nukleare Oberflächendetonationen. Bemerkenswert: Auch die Bevölkerung Westberlins wäre betroffen gewesen. Bedenkenlos hätten die USA die Einwohner Westberlins, die man gerade noch mit Kohlen und Schokolade über die Blockadezeit gebracht hatte, geopfert. Und natürlich hätte es keine Rettung für die in der Halbstadt stationierten westalliierten Soldaten gegeben. Die USA hatten 1955 rund 2400 und 1959 über 12.000 nukleare Bomben. 1961, im Jahr des Berliner Mauerbaus, sollen es 22.229 gewesen sein. Die Sprengkraft soll sich zwischen 1,7 und 9 Megatonnen bewegt haben. Eine Megatonne entspricht der 70-fachen Vernichtungskraft jener Bombe, die von den USA über Hiroshima abgeworfen wurde.

Wir sind noch einmal davongekommen. Aber weltweit gibt es neue Kriege und neue Kernwaffen. Auch die US-Atombomben in der Eifel wurden aktuell modernisiert und sind einsatzbereit. Wer sagt, das könne sich nicht wiederholen, ist ein Träumer.

Der Kampf um den Frieden, die Ächtung aller Massenvernichtungswaffen, bleibt auf der Tagesordnung.

Nelken zum Internationalen Frauentag

Am 6. März war Kommunalwahl. Am 8. März war die DKP/LL wieder unterwegs. Eigentlich ist das immer so. Kurz vor der Wahl drängen sich alle Parteien vor ihren Ständen. SPD und Grüne machen sogar mal eine Zeitung. Danach ist wieder Ruhe angesagt. Der „blickpunkt" erscheint weiter. Sie lesen ihn gerade.

Da sind wir immer noch, regelmäßig, monatlich, ob in, vor oder nach Wahlkämpfen.

Stadtgeschichten

An Ostern im Jahre 1925 war die 1. Mannschaft der Fußballabteilung der „Freien Turn- und Sängervereinigung Mörfelden" zu einem Freundschaftsspiel nach Barmen, heute Stadtteil von Wuppertal, zum dortigen Arbeitersportverein eingeladen. Ohne ihren Verein wären die 14 jungen Männer, die alle aus Arbeiterfamilien stammten und selbst überwiegend junge Maurer und Schlosser waren, nie in der Lage gewesen, solche Reisen zu unternehmen. Sie nutzten die Gelegenheit, auch der nahegelegenen Stadt Köln mit ihrem bekannten Dom einen Besuch abzustatten. Auf der Treppe zum Domeingang stellten sie sich mit ihren schicken Mützen dem Fotografen. Wir sehen auf der unteren Stufe von links: Ludwig Schaffner, Philipp Schulmeyer, Philipp Fritz, Jakob Knöß, und Philipp Schaffner. Mittlere Reihe: Karl Schaffner (Geriewene Karl), Heinrich Schulmeyer, Heinrich Schulmeyer, Ludwig Schwappacher und Karl Schulmeyer. Obere Reihe: Heinrich Völker (Graurock), Adolf Reiß (der Tormann), Karl Schmidt und Karl Dammel. Das kleine Foto zeigt die Mannschaft auf dem Sportplatz am „Grünen Haag".

Zu dem Torwart Adolf Reiß (geb. 1902) sei noch angemerkt, dass er ein beliebter Sportler bei den Fußballern der „Freien Turner" war. Er erlernte zunächst das Metzgerhandwerk und arbeitete später in Frankfurt im Baugewerbe, war verheiratet mit seiner Frau Gertrud und betrieb mit ihr die kleine Landwirtschaft in der Mörfelder Weingartenstraße. Beide hatten eine Tochter, Ingeborg (geb. 1937). Im März 1942 wurde die Familie, wie weitere 14 jüdische Bürger unserer Stadt, von den Nazis in Viehwaggons gen Osten in die Vernichtungslager verschleppt und ermordet.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Das 4. Krimidinner - entspannt essen und gespannt rätseln
Samstag, 9.4.2016, 20 Uhr, Eintritt: 25 € / 20 € (VVK im KuBa)

Veganes Brunch-Buffet (Veranstalter: BUND)
Sonntag, 10.4.2016, 10:30 Uhr, Eintr. frei (Buffet gegen Spende)

Spieleabend
Dienstag, 19.04.2016, 20 Uhr, Eintritt frei

Ri-Ra-Rost-Café: Wir lösen Zahlenrätsel von 1-9
Mittwoch, 20.4.2016, 14:30 Uhr, Eintritt frei

Das Vinyl wird gerettet
Donnerstag, 21.4.2016, 20 Uhr, Eintritt frei

Quiz-Night
Freitag, 22.4.2016, 20 Uhr, Eintritt frei

Tanzbar - fill your heart with rock
Samstag, 23.4.2016, 20:30 Uhr, Eintritt: 3 €

Liderliches aus der Hexenküche
Ruth Eichhorn und DIE TRÄLLERPFEIFEN mit Liedern und Texten zum Hexeneinmaleins
Samstag, 30.4.2016, 20 Uhr, Eintritt: 8 € / 5 €
(VVK im KuBa und in Buchhandlung Giebel, Walldorf)

Unser Lexikon

Schbrisch

Wer en schebbe
Arsch hot,
hot en
schebbe Schiss.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de